



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT
Ausgabe Dezember 2007

- **Weinmarktbericht**
- **Haushalt 2008**
- **Vergabe von Galileo-Aufträgen**
- **Bodenschutz**
- **Fernsehrichtlinie**
- **Wahlen in Russland**
- **Grundrechtecharta**
- **Schengen-Erweiterung**
- **ROM I**
- **Mehr Beschäftigung in Europa**

Liebe Leser,

das Weihnachtsfest steht vor der Tür und wieder einmal neigt sich ein Jahr seinem Ende zu. In Europa blicken wir auf ein politisch entscheidendes Jahr zurück. Bulgarien und Rumänien wurden Anfang 2007 als neue Mitglieder der Union begrüßt.

Die deutsche Ratspräsidentschaft legte ein engagiertes Arbeitsprogramm vor: Im politischen Mittelpunkt stand dabei die Frage der institutionellen Neuaufstellung der EU. Die Bundesregierung hat unter Führung unserer Kanzlerin mit uner-müdlicher Geduld eine politische Lösung forciert und Europa unter schwierigen Bedingungen wieder auf die Erfolgsstraße gebracht. Auf dem Gipfeltreffen in Lissabon Mitte Oktober wurde der Reformvertrag dann formal beschlossen. Europa hat damit die Phase der Stagnation überwunden und ist wieder handlungsfähig. Denn politisch liegen in Europa weitere wichtige Herausforderungen vor uns. Hierzu zählen Fragen des Klimawandels, der inneren Sicherheit, der Migration, Wachstum und Beschäftigung, sowie die außenpolitischen Brennpunkte. In Hessen werden die kommenden Wochen vor allem durch den Landtags-Wahlkampf geprägt sein. Wie wichtig eine engagierte Landesregierung auch in Sachen Europa ist, hat nicht zuletzt die Kontroverse um unseren „Äpfelwoi“ gezeigt.

Wie jedes Jahr durfte ich mich über Ihr großes Interesse an meiner Arbeit freuen. Allein aus West- und Südhessen kamen im abgelaufenen Jahr rund 2.300 Gäste zu Besuch ins Europäische Parlament nach Brüssel und Straßburg. Auf über 100 Veranstaltungen in unserer Region konnte ich viele Gespräche über Europa führen.

Ihnen allen wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest - und alles Gute für das Jahr 2007 !

Ihr

Michael Gahler

EP will Verbesserung der Kommissionsvorschläge zur Weinmarktreform

Saccharoseanreicherung und Bezeichnung Apfelwein bleiben erhalten



Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat Ende November über einen Bericht zur kontrovers diskutierten Weinmarktreform abgestimmt. Die für Deutschland und Hessen wichtigsten Kernpunkte für einen Kompromiss wurden darin berücksichtigt.

Dazu gehören insbesondere die Beibehaltung der Anreicherungsgrenzen, was gerade den traditionellen Weinanbau in Mitteleuropa stärkt, sowie die traditionelle Saccharoseanreicherung. Bedauerlich ist,

dass die sozialistische Fraktion gegen die Stimmen der EVP-ED-Fraktion eine Überprüfung der mühsam erkämpften Anreicherungsspannen im Jahre 2012 durchsetzte. Dies war der Preis für die Beibehaltung der Saccharose-Anreicherung im Gesamtkompromiss.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Sicherung althergebrachter Bezeichnungen wie z.B. „Sekt“ oder „Apfelwein“. Den besonderen Schutz dieser traditionellen Bezeichnungen wird wohl auch das Dezember-Pleum des EP so bestätigen. Die Posse um unseren Apfelwein ist damit auch formal beendet.

Gleichzeitig wird mit der Festlegung zulässiger Höchstgrenzen auch ein Beitrag zur Eindämmung der vor allem in Südeuropa gängigen Destillation von Überschüssen

festgeschrieben. Wesentlich für die Qualitäts- und Absatzsteigerung ist auch das Votum des Ausschusses für die Beibehaltung der nationalen Fördermaßnahmen im Rahmen des Gesamtvolumens von 1,3 Milliarden Euro für den Weinsektor. Damit wird in Zukunft jedem Mitgliedstaat die Wahlfreiheit bleiben, Qualität an Stelle von Überschüssen zu fördern.

Das vom Ausschuss abgestimmte Gesamtpaket berücksichtigt im wesentlichen die Interessen der mitteleuropäischen Anbaugeländer. Daher bleibt zu hoffen, dass die Verbesserungsvorschläge der Abgeordneten auch bei den Landwirtschaftsministern mehrheitsfähig sein werden. Diese beabsichtigen, am 17. Dezember 2007 die Weinmarktreform endgültig zu verabschieden.

Beschäftigung in der EU nimmt zu

Im Jahr 2006 sind innerhalb der Europäischen Union netto 4 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden, so viel wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Die Beschäftigungsquote legte damit um 1,4 Prozent auf 64,3 Prozent zu. Dies geht

aus einem Bericht der Kommission von Ende November hervor. Besorgniserregend ist demnach die nach wie vor hohe Jugendarbeitslosigkeit. Zwar ging die Quote im Vergleich zum Jahr 2000 leicht zurück, ist aber mit 17,4 Pro-

zent immer noch sehr hoch. Erfolge konnten bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer verbucht werden: Die Beschäftigungsquote der 55- bis 65-jährigen stieg von 36,6 auf 43,6 Prozent im gleichen Zeitraum an.

Haushalt 2008

Finanzierung von GALILEO steht - EP erreicht zusätzliche Mittel für Außenpolitik

Nach einem 12-stündigen Verhandlungsmarathon zwischen dem Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments und dem Rat konnte Ende November eine Verständigung über die Finanzierung des Satelliten-Navigationssystems Galileo aus dem EU-Haushalt erreicht werden. Parlament und Ministerrat einigten sich auf eine Gemeinschaftsfinanzierung.

Von den auf 3,4 Mrd. Euro geschätzten Kosten bis 2013 waren bereits 1 Mrd. Euro in der mehrjährigen EU-Finanzplanung enthalten. Die Einigung sieht nun vor, die restlichen 2,4 Mrd. Euro wie folgt zu finanzieren:

- 1,6 Mrd. Euro durch eine Revision der Finanzplanung (Umschichtung nicht verwendeter Mittel des Agrarhaushaltes 2007)
- 400 Mio. Euro Forschungsmittel aus dem Bereich Verkehrs- und Raumfahrtforschung
- 200 Mio. Euro Umschichtung in der Haushalts-

rubrik 1a Wachstum und Beschäftigung, ohne Programme wie „Lebenslanges Lernen“ und „Transseuropäische Netze“ zu reduzieren;

- 200 Mio. Euro zusätzliche Mittel durch Nutzung des so genannten Flexibilitätsinstruments



Michael Gahler, als stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und in diesem Ausschuss für den Haushalt 2008 verantwortlich, konnte in den Verhandlungen einen Erfolg für die EU-Außenpolitik verbuchen:

Mit dem jetzt erzielten Kompromiss werden zusätzliche Mittel in Höhe von 70 Milli-

onen Euro für Aufgaben wie Kosovo und Palästina bereitgestellt. Zudem wurde mit den verantwortlichen Kommissaren zu Fragen der Planung und Durchführung der auswärtigen Politik ein formalisierter politischer Dialog vereinbart. Der erzielte Haushaltskompromiss stärkt also die EU-Außenpolitik im kommenden Jahr und sichert dem Parlament mehr Einfluss.

Damit ist auch finanziell sichergestellt, dass die Europäische Union ihrer internationalen Verantwortung im kommenden Jahr besser gerecht werden kann. Unter anderem für die Zukunft des Kosovo und Palästinas kann sie wichtige Beiträge leisten.

Gleichwohl zwingt eine strukturelle Unterfinanzierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin zu jährlichen Nachbesserungen. Das Parlament erwartet daher vom Rat, bisherige Unterlassungssünden zu korrigieren und eine verlässliche mehrjährige Haushaltsplanung auch für diesen Bereich vorzulegen.

Bodenschutzrichtlinie in erster Lesung verabschiedet



Das Europäische Parlament hat im November in erster Lesung über die umstrittene Richtlinie zum Bodenschutz abgestimmt und sich dabei für einen flexibleren Ansatz als die Europäische Kommission ausgesprochen.

Nach Willen der Abgeordneten sollen die Mitgliedstaaten selbst wählen, mit welchen Methoden sie gegen Probleme wie Bodenerosion, Versauerung oder Wüstenbildung vorgehen wollen. Darüber hinaus sollen nationale, regionale und lokale Gegebenheiten besser berücksichtigt werden.

Die CDU-CSU-Gruppe steht dem Gesetzesvorhaben dennoch insgesamt kritisch gegenüber und hat mehrheitlich gegen die Bodenschutzrichtlinie gestimmt.

Denn: Für eine europäische Bodenschutzregelung herrscht eigentlich kein Bedarf, da Boden kein bewegliches Gut ist und nur eine sehr geringe grenzüberschreitende Bedeutung hat. Die Beschaffenheit der Böden, das Klima und die „Bodenprobleme“ sind von Land zu Land, teilweise sogar von Region zu Region unterschiedlich. EU-weit einheitliche Regelungen zum Schutz der Böden erscheinen deshalb nicht sinnvoll. Zudem stand zu befürchten, dass mit der Rahmenrichtlinie zum Bodenschutz erheblicher neuer bürokratischer Aufwand entsteht und die nationalen und regionalen Verwaltungen mit zusätzlichen Kosten belastet würden. Für die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere für Hessen stellte sich zudem die Frage, ob eine

europäische Regelung nicht früher oder später die eigenen Regelungen aufweicht und damit konterkariert: Wir erfassen und sanieren mit großem Erfolg seit vielen Jahren Altlasten.

Der nun verabschiedete Kompromiss verbessert den Kommissionsvorschlag aber erheblich: Auf gemeinschaftlicher Ebene sollen lediglich gemeinsame Ziele und nicht bindende Leitlinien festgelegt werden. Die Finanzierung erfolgt durch die Mitgliedstaaten. Maßnahmen, die zu Mehrbelastungen und unnötigem Bürokratie- und Personalaufwand führen, wurden abgelehnt.

Kommission legt Arbeitsprogramm 2008 vor

Die Europäische Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2008 angenommen. Folgende Schwerpunkte wurden dabei gesetzt: Wachstum und Beschäftigung (sog. Lissabonstrategie), Nachhaltigkeit, Migration, Bürgernä-

he und „Europa als Partner in der Welt“. Insgesamt schlägt die Kommission 132 Initiativen vor, die sie im kommenden Jahr umsetzen möchte. Davon sind 61 als vorrangig bezeichnet. Mit insgesamt 45 Rechtsvereinfachungsini-

tiativen will man den Bürokratieabbau voranbringen.

Das Arbeitsprogramm ist erhältlich unter http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/clwp2008_de.pdf

Vergaberegeln für GALILEO-Aufträge verabschiedet

Die EU-Verkehrsminister beendeten am 30. November den Streit um die Vergaberegeln für das milliardenschwere Prestigeprojekt GALILEO. Damit hat Deutschland nun alle Chancen, bei der Technologieführerschaft zu punkten.

Die Vergabe der Infrastruktur wird in insgesamt sechs Pakete aufgeteilt. Diese umfassen die Systempla-

nung, den Aufbau der Bodeneinrichtungen und des Kontrollsystems, den Bau der Satelliten, deren Start sowie den Betrieb. Um eine breite Beteiligung der Industrie zu ermöglichen, sollen mindestens 40 Prozent eines Auftragspaketes an Subunternehmer aufgeteilt werden. Kein Anbieter soll auf mehr als zwei Lose Zugriff erhalten. So wird verhindert, dass sich be-

stimmte Unternehmen aus einem Mitgliedstaat einen übermäßigen Anteil an Aufträgen sichern.

Die Ausschreibungen werden von der europäischen Weltraumagentur ESA durchgeführt: www.esa.int

Galileo soll bis 2013 funktionsfähig sein und bis zu 100.000 Arbeitsplätze in Europa schaffen.

Russland nach der Wahl

Bei der Wahl zur russischen Staatsduma hat Putins Partei „Einiges Russland“ Anfang Dezember einen klaren Sieg mit einer Zweidrittelmehrheit der Sitze errungen. Die EU hat die Wahl kritisiert, da sie nicht den allgemeinen demokratischen Standards der OSZE und der EU entsprochen hatte. Bereits im Vorfeld wurde Wahlbeobachtern die Einreise verweigert.

Präsident Putin, der die Wahl zu einer „moralischen“ Abstimmung über seine weitere Rolle gemacht hatte, hatte trotz großer Popularität seiner Person nicht davor zurückgeschreckt sowohl

den Wahlkampf als auch die Wahl selbst massiv zu manipulieren. Nunmehr mit einer gehorsamen Duma und einem auf ihn verpflichteten Staatsapparat ausgestattet, kann man wohl davon ausgehen, dass Putin auch in der Frage seines eigenen zukünftigen Machterhalts nichts dem Zufall überlassen wird.

Trotz dieser unerfreulichen Entwicklungen: Insbesondere in wirtschaftlichen Fragen bleiben Europa und Russland stark aufeinander angewiesen, auch in ande-



ren Politikbereichen gibt es durchaus auch gemeinsame Interessen. Gerade vor diesem Hintergrund betrachten wir die sich zunehmend verschlechternde Situation für die Bürgerrechte in Russland sehr kritisch. Klar ist: Das Demokratieprinzip sowie Bürger- und Menschenrechte sind auch im Verhältnis zu Russland nicht verhandelbar.

EU-Fernsehrichtlinie verabschiedet

Das Europäische Parlament hat einstimmig die Aktualisierung der EU-Fernsehrichtlinie gebilligt, mit der ein klarer Rechtsrahmen für das europäische Fernsehrecht der Zukunft gesetzt wird.

Mit der sogenannten „Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste“

wird europäisches Fernsehrecht zukunftsorientiert gesichert und auch die Ab-

grenzung gegenüber Telekommunikationsdiensten und elektronischem Handel gewährleistet. Darüber hinaus hat das Parlament die



Ausweitung des Anwendungsbereiches der Richtlinie, der jetzt auch die neuen

Technologien wie Internet-Fernsehen berücksichtigt, durchgesetzt. Damit unterliegen zukünftig sowohl das traditionelle Fernsehen,

als auch die neuen Dienste wie Internet-Fernsehen und mobiles Fernsehen den gleichen Grundprinzipien. Mit der Verabschiedung der Richtlinie wird Fernsehen auch in Zu-

kunft nicht nur als reines Wirtschafts- sondern auch als Kulturgut behandelt.

ROM I - Verbraucherrechte grenzüberschreitend gesichert

Das Europäische Parlament hat Ende November mit großer Mehrheit den Verordnungsvorschlag der Kommission über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht (ROM I) in modifizierter Form angenommen. Bei grenzüberschreitenden Rechtsgeschäften bleibt da-

mit der Verbraucherschutz auch künftig gesichert. Das Parlament stellte mit dem Votum sicher, dass Kunden bei grenzüberschreitenden Geschäften die Verbraucherschutzvorschriften ihres Heimatlandes nicht entzogen werden können. Die Kommission hatte vorgeschlagen, ausschließlich

das Recht des Heimatlandes des Verbrauchers auf grenzüberschreitende Verträge anzuwenden. Allein die Anwendung des Rechts des Heimatlandes des Kunden hätte den Verbraucherschutz aber nicht verbessert, da bereits nach geltendem Recht die nationalen Verbraucherrechte anzuwenden sind.

Erweiterung des Schengenraums

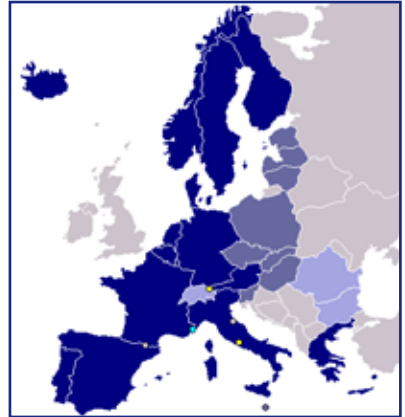
Das Reisen innerhalb der Europäischen Union wird noch einfacher: Am 21. Dezember 2007 sollen die Passkontrollen an den Land- und Seegrenzen zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten der EU abgeschafft werden.

Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien und Malta erfüllen die technischen und rechtlichen Voraussetzungen, so dass sie dem Schengen-Raum beitreten können. Deutsche Reisende können künftig ohne Stopp an der Grenze mit dem Zug oder mit dem Auto in die Nachbarländer Polen und Tschechien reisen. Lediglich an Flughäfen und an der Grenze zur Schweiz werden deutsche Behörden

noch Kontrollen durchführen.

Am 30. März 2008 sollen schließlich aber auch die Kontrollen an den Flughäfen abgebaut werden. Da auch die Schweiz im Jahr 2008 dem Schengen-Gebiet beitreten will, sind demnächst also alle deutschen Grenzen frei passierbar. Neben Norwegen und Island wird die Schweiz der dritte Staat im Schengen-Raum sein, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist.

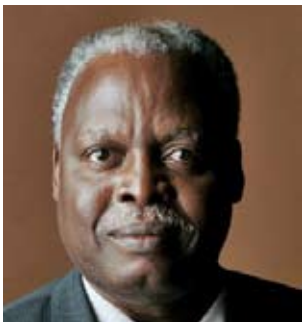
Von den EU-Mitgliedstaaten gehören lediglich Großbritannien und Irland sowie



- Mitglieder
- Einführung am 21. Dezember 2007 unterzeichnet, aber Einführung noch nicht geplant

vorerst Bulgarien und Rumänien nicht zum kontrollfreien „Schengen-Raum“. Trotz wegfallender Grenzkontrollen finden in einem 30 km breiten Streifen im Grenzgebiet weiterhin polizeiliche Forderungen statt.

Sacharow-Preis 2007 an Salih Mahmoud Osman, Sudan



Salih Mahmoud Osman

Der diesjährige Sacharow-Preis für geistige Freiheit des Europäischen Parlaments geht an den sudanesischen Menschenrechtsanwalt Salih Mahmoud Osman aus dem Sudan. Osman leistet seit über zwei Jahrzehnten den Opfern von Menschenrechtsverletzungen im Sudan kosten-

losen Rechtsbeistand.

Mit dem Preis zeichnet das EP jährlich Personen und Organisationen aus, die sich in besonderer Weise gegen Unterdrückung, Intoleranz und Ungerechtigkeit einsetzen. Verliehen wird der Preis am 11. Dezember in Straßburg.

Finanzierung politischer Parteien auf EU-Ebene



Die Regelungen für die Finanzierung von politischen Parteien auf EU-Ebene werden durch eine Einigung zwischen Parlament und Rat ab dem 1. Januar 2008 angepasst. Ziel ist es, die demokratischen Strukturen der EU zu stärken und zu verbessern.

mitteln auf das Folgejahr, die Möglichkeit Rücklagen zu bilden sowie die Förderung von politischen Stiftungen auf europäischer Ebene geschaffen. Die neuen Regelungen können damit rechtzeitig vor den kom-

Demnach wird künftig mehr Flexibilität hinsichtlich der Übertragbarkeit von Haushalts-

menden Europawahlen im Jahr 2009 in Kraft treten.

Die neue Verordnung sieht vor, dass politische Parteien auf EU-Ebene die erhaltenen Mittel für die Wahlen zum Europäischen Parlament nutzen dürfen. Dies stärkt den europäischen Charakter der Wahlen.

Im Jahr 2006 erhielten die europäischen politischen Parteien 8,594 Mio. Euro

aus dem EU-Haushalt, 2005 waren es 8,4 Mio. Euro.

EP billigt Grundrechtecharta

Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit die Charta der Grundrechte der Europäischen Union gebilligt. Die Charta der Grundrechte, die mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon für 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich wird, soll nun am 12. Dezember feierlich von den Präsidenten des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission und des Rats proklamiert werden.

Die Grundrechtecharta stärkt das europäische Selbstverständnis und die Europäische Union als Rechtsgemein-

schaft im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Sobald die Charta rechtsverbindlich wird, können die EU-Bürger unmittelbar den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg anrufen, wenn sie sich durch EU-Gesetzgebung in ihren Rechten verletzt sehen. Diese Einklagbarkeit der Grundrechte ist gut für das Vertrauen der Bürger in die Rechtsstaatlichkeit der EU. Nur in Polen und Großbritannien gilt die Charta zukünftig nicht. Der Text ist einsehbar unter:

http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf



IMPRESSUM

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
E-Mail: michael.gahler@europarl.europa.eu

Regionalbüro Süd- und Westhessen
Odenwaldstrasse 5
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94
Fax: 06152-93 25 93